

Niederschrift

über die 5. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Mittwoch, dem **09.03.2022**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 15.02.2022**
4. **Einbau von Lüftungsanlagen in die gemeindlichen Kindertagesstätten
Vorlage: 066/2022**
5. **Richtlinien zur Vergabe von Umweltpreisen in der Gemeinde Sande
Vorlage: 067/2022**
6. **Antrag auf Erlass einer Baumschutzsatzung
Vorlage: 043/2022**
7. **Antrag der Gruppe Grüne/FDP/Linke auf Prüfung von Möglichkeiten der Erstellung einer Tiny House Siedlung (siehe Anlage)**
8. **Erstellung eines Konzeptes zur räumlichen Steuerung von Windkraft- und Freiflächen-photovoltaikanlagen
Vorlage: 054/2022**
9. **Überarbeitung der Bebauungspläne Nr. 7 und 8 (Hauptstraße)
Vorlage: 064/2022**
10. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsvorsitzende Manuela Mohr als Ausschussvorsitzende
Ratsfrau Stefanie Ahlrichs
Ratsherr Thorben Arians
Ratsherr Frank Behrens
Ratsfrau Ruth Bohlke
Ratsherr Reemt Borchers
Ratsfrau Madeleine Zaage

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann
Gemeinderätin Nadine Stamer
Verwaltungsfachangestellte Claudia Meyer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsvorsitzende Manuela Mohr, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger hinterfragte die Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt 9 und regte an, nicht nur die Geschossflächenzahl zu begrenzen, sondern auch die Grundflächenzahl. So könnten die Ausmaße von Neubauten beschränkt werden, um das vorhandene Straßenbild zu erhalten bzw. zu verbessern.

Die Ratsvorsitzende erklärte darauf, dass eine Prüfung der Vorschläge erfolgen wird und die Machbarkeit möglich wäre.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 4 vom 15.02.2022**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Einbau von Lüftungsanlagen in die gemeindlichen Kindertagesstätten**
Vorlage: 066/2022

Die Ausschussvorsitzende erläuterte kurz den Inhalt der Vorlage, wonach der Einbau von Lüftungsanlagen in Schulen bereits im Zusammenhang mit weiteren Umbaumaßnahmen im Schulbereich vorgesehen ist. Die Ausschreibungen dazu werden derzeit vorbereitet.

Die Verwaltung teilte mit, dass nunmehr auch für die gemeindlichen Kindertagesstätten der Einbau von Lüftungsanlagen geplant ist. Der Einbau ist in insgesamt 20 Räumen der Kindertagesstätten vorgesehen, das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 400.000 €. Förderbescheide liegen in Höhe von 320.000 € vor. Eine Veranschlagung der Mittel erfolgte bereits im Haushalt. Die Ausschreibung soll nunmehr erfolgen, ein Umsetzungstermin ist evtl. aufgrund von Preiserhöhungen und Arbeitsüberlastung der Firmen noch nicht klar. Hier sollten die Ergebnisse der Ausschreibung abgewartet werden.

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Vorgehensweise zum Einbau von Lüftungsanlagen in den kommunalen Kitas wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Arbeiten auf Grundlage eines zu erstellenden Konzeptes auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Richtlinien zur Vergabe von Umweltpreisen in der Gemeinde Sande**
Vorlage: 067/2022

Grundlage der Beratung war ein von der Verwaltung gefertigter Entwurf, der aus den Vorschlägen der Fraktionen und Gruppen zusammengefasst wurde.

Nach kurzer Diskussion wurden folgende Ergänzungen beschlossen:

1. Neben Vertreter/innen des NABU und des BUND sollen **auch weitere Sachverständige** bei Bedarf als beratende Mitglieder der Jury hinzugezogen werden.

Von allen Seiten wurde dabei noch einmal erklärt, dass eine Hinzuziehung dieser Personen auch in jedem Fall beabsichtigt ist.

Mehrheitlich sprach man sich dafür aus, dass die endgültige Entscheidung zur Preisvergabe aber letztlich den Ratsmitgliedern obliegen soll.

2. Es erfolgt eine Ergänzung der Richtlinie, dass eine Entscheidungsfindung jeweils bis Jahresende erfolgen soll.

Im Übrigen wurde dem Richtlinienentwurf zugestimmt.

Die neue Fassung der Richtlinie ist als **Anlage** beigelegt, hierüber soll bereits im VA am 10.03.2022 beraten werden.

Damit kann eine Beschlussfassung zur Richtlinie bereits in der Ratssitzung am 17.03.2022 erfolgen, so dass ausreichend Zeit für die Einreichung von Unterlagen und Vorschlägen auch in diesem Jahr bleibt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Sande verabschiedet die neu gefasste Richtlinie zur Vergabe von Umweltpreisen in der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Antrag auf Erlass einer Baumschutzsatzung Vorlage: 043/2022

Die Ausschussvorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage und erklärte, dass auf die Befragung der Sander Bürger- und Heimatvereine sowie der Siedlergemeinschaften nur die Siedlergemeinschaft Sande eine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat. Überwiegend erteilten die Vereine mündliche Absagen, da die Befragung einen zu großen Aufwand für die Vereine bedeutete.

Der Bürgermeister erklärte, dass Bäume schützenswert sind, es jedoch vermieden werden sollte, zu viel in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen. Eine Baumschutzsatzung wird als strittig gesehen, da Formulierungen und Umsetzungen zu kompliziert sein können.

Die SPD-Fraktion erläuterte, dass in der Fraktion im letzten Jahr ausgiebig über diese Thematik diskutiert wurde. Eine Baumschutzsatzung wurde zwar grundsätz-

lich als wichtig angesehen, jedoch wäre der Verwaltungsaufwand zu groß. Als sinnvoll wurde dagegen die Pflege und Erweiterung des bestehenden Baumkatasters gesehen. Von daher sprach man sich gegen den Erlass einer Baumschutzsatzung aus.

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke plädierte für den Erlass einer Baumschutzsatzung. Angesichts der Klimakatastrophe sehe man sich verpflichtet, etwas zu tun. Als Beispiel nannte sie die bestehenden Baumschutzsatzungen der Städte Jever und Wilhelmshaven, die es schon seit 2016 gibt. Hier würde ein geringerer Verwaltungsaufwand entstehen als angenommen. Es sei an der Zeit, sich der Klimakatastrophe mit Maßnahmen entgegen zu stellen.

Dem entgegnete die SPD-Fraktion, dass Bürger sehr wohl Interesse am Erhalt von Bäumen haben und es größten Teils einen Grund gibt, warum ein Baum gefällt werden soll. Es wurde die Auffassung vertreten, dass es eine Regelung zur Einschränkung der Bedürfnisse der Bürger nur geben sollte, wenn ohne ersichtlichen Gründen ein Baum entfernt wird. Ein Regelungsbedarf durch eine Baumschutzsatzung ist nicht gegeben. Ebenfalls wurde mit einem höheren Verwaltungsaufwand gerechnet, da nur qualifiziertes Personal für die Begutachtung und Entscheidung der betroffenen Bäume erforderlich wäre. Entscheidungen könnten ebenfalls auf juristische Auseinandersetzungen hinauslaufen.

Die Gruppe BFS/CDU sah die Aufstellung einer Baumschutzsatzung ebenfalls als sinnvoll an, hinterfragte jedoch den Effekt des Baumkatasters.

Die Verwaltung erklärte, dass ein Baumkataster die Aufstellung alle Bäume beinhaltet und aufzeigt, in welchem Zustand (u. a. Alter/Standort etc.) sie sind.

Weiter wurde von der Gruppe BFS/CDU darauf hingewiesen, dass vor 30-40 Jahren in den Außenbereichen der Ortschaft kaum Bäume vorhanden waren. Es wurde die Auffassung vertreten, dass Bäume nicht in Marschlandschaften gehören. Die Entwässerung würde durch Bäume gestört. Eine Baumschutzsatzung bedeutet einen zu großem Verwaltungsaufwand. Die Gruppe BFS/CDU würde gegen eine Baumschutzsatzung stimmen.

Abschließend erklärte die Verwaltung, dass sich Bürger vor Fällung eines Baumes oftmals erst bei der Gemeindeverwaltung erkundigen, ob dieser im Baumkataster steht. Dieser Umstand zeigt, dass die Bürger bereits sensibel mit dem Thema Baumfällungen umgehen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Erlass einer Baumschutzsatzung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

7. Antrag der Gruppe Grüne/FDP/Linke auf Prüfung von Möglichkeiten der Erstellung einer Tiny House Siedlung (siehe Anlage)

Die Gruppe Grüne/FDP/Linke erläuterte den Sinn des gestellten Antrages. So würden vor allem junge Leute, Studenten, Auszubildende oder ledige Mitarbeiter des Krankenhauses in Sande vergeblich nach einer passenden und bezahlbaren Wohnung suchen. Bei Tiny Häusern handelt es sich um eine moderne Wohnform, die auch in Sande etabliert werden könnte.

Ein Mitglied der SPD-Fraktion hielt dagegen, dass von Seiten der SPD aufgrund der geringen Größe der Bedarf in Sande nicht gesehen wird. Des Weiteren müssten auch für Tiny Häuser Flächen erschlossen und eine Infrastruktur geschaffen werden. Es würde somit kein Platz mehr für eine Einfamilienhausbebauung geben. Man sah diese moderne Wohnform eher als Lebensabschnitts- oder Ferienhausgeschichte. Auch wurde eine Prüfung der Verwaltung, ob es Flächen dafür gibt, als negativ gesehen. Es sollte vielmehr abgewartet werden bis ein Investor ein Interesse an einer Fläche anfragt. Erst dann sollte die Bauverwaltung tätig werden.

Die SPD-Fraktion sprach sich gegen den Antrag aus, da die Tiny Häuser als einen klimapolitischen Irrweg gesehen werden.

Im Ausschuss ergab sich eine Diskussion hinsichtlich der Vor- und Nachteile einer Aufstellung von Tiny Häusern.

Der Bürgermeister gab zu Bedenken, dass es sich um einen momentanen Trend handele, der irgendwann wieder endet. Tiny Häuser würden nicht im Ortskern gesehen, da diese vielfach nicht ins Ortsbild passen. Dagegen sei es in Randbereichen durchaus vorstellbar, u. a. als Ferienhausnutzung.

Im Ausschuss wird die Nutzung von Tiny Häusern für Wohnzwecken als schwierig angesehen, so dass ein Angebot von Flächen nur für die Nutzung dieser Wohnform nicht gesehen wird.

Die Aufstellung von Tiny Häusern sollte nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Grundstückseigentümer können über eine Bedarfsabfrage mitteilen, ob Flächen zur Verfügung gestellt werden. Diese Bedarfsabfrage könnte über einen Presseaufruf erfolgen.

Letztlich bestand Übereinstimmung darin, den Beschluss neu zu fassen. Zukünftig ist die Aufstellung von Tiny Häusern bei zur Verfügung stehenden Flächen mit zu berücksichtigen. Die Möglichkeiten dazu sollen geprüft werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Zulassung von einzelnen Tiny Häusern zukünftig auch in Baugebieten zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Erstellung eines Konzeptes zur räumlichen Steuerung von Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen**
Vorlage: 054/2022

Die Erarbeitung eines gesamträumlichen Konzeptes für die Nutzung von Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen wird aufgrund geänderter Förderbedingungen von der Verwaltung als notwendig angesehen. Hier wird auf den Inhalt der Vorlage 054/2022 verwiesen.

Im Ausschuss ergab sich eine Diskussion bezüglich der Inhalte im geplanten Konzept sowie der späteren Umsetzung. Hierzu wies die Verwaltung letztlich darauf hin, dass im Konzept die Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro, der Verwaltung und dem Rat erarbeitet werden. Dadurch soll ermöglicht werden, die zukünftige Aufstellung von Photovoltaik- und auch Windkraftanlagen zu steuern. Die Ausarbeitung der Kriterien wird letztlich durch den Rat erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Die Aufstellung eines Konzeptes zur räumlichen Steuerung von Windkraft- und Freiflächenphotovoltaikanlagen wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, entsprechende Angebote von Fachplanern einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Überarbeitung der Bebauungspläne Nr. 7 und 8 (Hauptstraße)**
Vorlage: 064/2022

Die Ausschussvorsitzende erläuterte den Inhalt der Vorlage 064/2022 und wies darauf hin, dass alle Fraktionen und Gruppen Vorschläge eingereicht haben. Die Verwaltung nannte als Beispiele einige der vorgeschlagenen Anpassungen bzw. Neufestsetzungen. Hier soll nunmehr eine rechtliche Überprüfung der Formulie-

rungen erfolgen.

Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, wie viel Zeit dieses in Anspruch nehmen wird, da ja bereits jetzt viele Bauplanungen entlang der Hauptstraße erfolgen, entgegnete die Verwaltung, dass von der Bearbeitung bis zum Aufstellungsbeschluss ein längerer Zeitraum in Kauf genommen werden sollte. Mit dem Aufstellungsbeschluss könnte eine Veränderungssperre beschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen Anpassungen bzw. Neufestsetzungen in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und konkreten Formulierung zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

--

Schluss der Sitzung: 18.36 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin